

## **Haushalt 2008 der Stadt Erkrath**

Stellungnahme der *BmU*-Fraktion im Rat der Stadt Erkrath

Vorbemerkung:

Dass die CDU die Sanierung des Kurhauses und die Sanierung des Erkrather Bahnhofes als Folgen davon in ihre Haushaltsrede und Erfolgsbilanz einreicht ist besonders ärgerlich. Ohne die CDU, die sogar im Bavierpark Planungsrecht für ein weiteres Gebäude benachbart zum Kurhaus geschaffen hat, die stur zunächst einem anderen Investor den Vorzug gegeben hatte, hätte die Erkrather Bevölkerung schon seit knapp zwei Jahren im Genuss des sanierten Erkrather Kurhauses sein können. Die Sanierung des Erkrather Kurhauses mit dem derzeitigen Investor ist trotz CDU, nicht wegen der CDU gelungen.

### **Erster Erkrather NKF-Haushalt: knapp 4 Mio.€ Entnahme aus der Rücklage**

Das Eigenkapital sinkt durch Entnahmen aus der Rücklage um knapp 4 Mio. €. Bei einem grob auf ca. 20 Mio. € kalkulierten Bestand aus der alten „kameralen“ Rücklage, dessen neuer Betrag endgültig erst in der Eröffnungsbilanz festgelegt wird, und dessen Höhe maximal 1/3 des Eigenkapitals betragen darf, kann man sich ausrechnen, wie lange wir auf diese Weise weiter machen können. Wenn die Rahmenbedingungen zur Finanzierung der Kommunen durch den Gesetzgeber, der nun seit über 10 Jahren verspricht, dass sich hier etwas ändert, nicht verbessern, dann ist es notwendig, sich Gedanken zu machen, mit welchen Maßnahmen und ab wann man gegensteuern will. Hinzu kommt eine Kreditaufnahme in Höhe von 2,1 Mio.€ im Investitionsbereich.

So weit man diesen Haushaltsplan ernst nehmen will, ist klar, dass dieses Glas Honig bald ausgelöffelt ist und zurzeit ist nicht erkennbar, wie ein neues Glas Honig bezahlt werden kann.

Wir stehen im Jahr vor der Kommunalwahl und da ist zu befürchten, dass keine Partei Antworten auf diese Frage geben wird. Auch zur letzten und vorletzten Wahl sind alle Parteien mit Forderungen zu Mehrausgaben angetreten. Der neue Kommunalwahltermin im Juni 09, den CDU und FDP im Land verabredet haben<sup>1</sup>, wird erschweren, dass wir im nächsten Jahr vernünftig im Lichte der Eröffnungsbilanz des Konzerns Erkrath über finanzpolitische Aspekte reden können. Der Kreis Mettmann hat sich durch Verkauf von Tafelsilber entschuldet – eine Entschuldungsstrategie ist für Erkrath in weiter Ferne, wenn sich einige Parameter nicht grundlegend ändern. Wir beantragen vor der Beschlussfassung über den nächsten Haushalt 2009 eine Einwohnerversammlung, in welcher der Öffentlichkeit die finanzielle Situation in der Gesamtschau erläutert wird und Anregungen aufgenommen werden.

### **Stadtentwicklungskonzept auch für langfristige Finanzplanung notwendig**

Die *BmU* mahnt seit fast 10 Jahren an, dass Erkrath in ihrer Gesamtentwicklung, also das, was diese Stadt einerseits für ihre Bürger leisten soll, aber auch andererseits, wie die Stadt diese Leistungen finanzieren soll, in ein strategisches Handlungskonzept, das Stadtentwicklungskonzept gießt. Allein das Wort „Stadtentwicklungskonzept“ löst bei CDU-Vertretern manchmal allergische Verbalreaktionen aus.

Entgegengestellt wird von der CDU ein lange Liste von Baugebieten zum Wohnen und für Gewerbe, die zu bebauen sind: Ein Gewerbegebiet für Kemperdick, ein

---

<sup>1</sup> Zur Zeit aber noch dem Kommunalwahlgesetz widerspricht

Gewerbegebiet bis zum Neandertal, ein Wohngebiet „Auf den 12 Morgen“ an der Straße zum Neandertal. Sie können bald vom Hochdahler Markt bis zum Neandertalmuseum laufen und erleben nie eine freie Landschaft, da die gesamte Straße bis zum Museum von bebauten Grundstücken gesäumt wird. Am liebsten will die CDU auch noch das Wohngebiet „Neanderbogen“ und im Millrather Osten das Gebiet an der Gruitener Str. „Eickenberg“ bebauen lassen sowie die Bebauung von Klein-Bruchhausen, wo man auf keinen Fall (Aussagen im letzten PIUV) Auflagen, wie z.B. die Errichtung von Solaranlagen, machen will.

Es wird nicht konzeptionell gedacht: Welche Konsequenzen ziehen wir aus der demographischen Frage, die sich in keiner Stadt des Kreises so dramatisch zeigt wie in Erkrath? Der demographische Wandel vollzieht sich nicht auf dem Acker von Klein-Bruchhausen sondern mitten in unserer Stadt. Es geht mehr um eine qualitative Frage und erst in zweiter Linie um eine quantitative Frage. Welche Konsequenzen ziehen wir aus dem Klimawandel, der noch gemildert werden kann, aber auch unseren Beitrag einfordert? Welche Konsequenzen ziehen wir daraus, dass viele Grundstücke in unseren Gewerbegebieten ungenutzt sind? Welche Konsequenzen ziehen wir daraus, dass viele Häuser, Wohnungen nur schwer zu fairen Preisen zu verkaufen, zu vermieten sind? Natürlich auch die Frage, wie bringen wir Finanzbedarf und Finanzeinnahmen der Stadt in ein ausgewogenes Verhältnis? In welchem Verhältnis stehen überhaupt Aufwand und zu erwartender Ertrag bei den Neubaugebieten, wenn man eine ganzheitliche Betrachtungsweise an den Tag legt? Wir sind nicht allein auf dieser Welt: Wie können wir im Wettbewerb mit den Nachbarkommunen bestehen? Wir müssen uns strategisch konzeptionell endlich aufstellen. Seit 10 Jahren machen wir auch inhaltliche Vorschläge für ein Stadtentwicklungskonzept und wir werden diese in aktualisierter Form vermutlich noch in diesem Jahr erneut vorstellen. Diese 10 Jahre sind durch die Verweigerungshaltung einiger Parteien, angeführt von der CDU, verschenkt worden. Spätestens 2010 müssen wir ein Stadtentwicklungskonzept erarbeiten. Die so erarbeiteten Leitbilder können Ausgangspunkt einer Zielvereinbarung zwischen Stadtrat und Bürgermeister als Chef der Verwaltung sein. Zu diesen Leitbildern gehört auch die Integration von Kindern und Jugendlichen aus Einwandererfamilien. Diese Integration muss deutlich machen: 1. Ihr seid herzlich willkommen. 2. Wir passen unser Schulsystem an Eure besonderen Anforderungen an (Am Gymnasium am Neandertal lernen nur 1 % Ausländer). 3. Wir verlangen von Euch Eigenverantwortung.

## **Klimawandel und städtischer Haushalt**

Was hat der Klimawandel mit städtischem Haushalt und einem Stadtentwicklungsprogramm zu tun? Zum einen spüren wir die bereits vorliegenden Auswirkungen des Klimawandels massiv. Erinnerung sei an den Sturm Kyrill. Wir erinnern auch an die Überprüfung der Hallenstatik, der letztlich noch die maximalen Belastungsdaten der „Vorklimawandel-Zeit“ zugrunde liegen. Die Unabhängigen im Kreistag haben ein Programm zur Anpassung der kommunalen Handlungsoptionen an den Klimawandel eingebracht. Wir brauchen in größeren Gebäuden mehr Blockheizkraftwerke, ein Energiecontrolling, die Festschreibung von Baustandards für die städtischen Gebäude, den breiten Einsatz erneuerbarer Energien, die Ausweitung der Energiesparprojekte an Schulen und Kindergärten auf Sportvereine und Verwaltungsgebäude, sparsamere Straßenbeleuchtung und Ampelschaltung. Bei all diesen hier nur exemplarisch genannten Wünschen muss die Verwaltung eine Prioritätenliste nach dem Effizienzgesichtspunkt aufstellen: Wie spare ich möglichst viel

bei geringem Kapitaleinsatz. Zurzeit leben wir in dieser Hinsicht meist von der Hand in den Mund: nur was sowieso kaputt ist, wird modernen Anforderungen angepasst.

### **Wer macht das Rennen um die Rücklagen?**

Ich komme zurück auf die aktuelle Haushaltsstruktur. Wenn wir das Naturschutzzentrum Bruchhausen, dessen Finanzierung auf Sand gebaut wurde, langfristig sichern wollen, dann werden wir nicht umhin kommen, eine solide Kapitalstiftung auf die Beine zu stellen. Warum man mit diesem Problem, das schon vor einem Jahr deutlich angesprochen wurde, so abwartend umgeht, ist mir nicht klar. Letztlich steht auch die Notwendigkeit einer Zustiftung der Stadt Erkrath in Konkurrenz mit anderen Bedürfnissen um die letzten Rücklagen. Je länger man den Crashkurs zwischen abschmelzender Rücklage der Stadt und Stiftungskapitalbedarf des Naturschutzzentrums weiterfährt, desto nervöser werden die Akteure werden.

Hauptverbraucher im Investitionsbereich wird in den nächsten Jahren die Sanierung des Hochdahler Marktes sein.

Den Kinderstadtplan nach dem Vorbild der Stadt Marl, eine Anregung des ADFC, hat die Verwaltung und die CDU trotz bereitstehender ehren- und hauptamtlicher Hilfen abgelehnt, den Fahrradstreifen auf der Max-Planck-Str. auch. Aber aus Gründen des Klimaschutzes hat die CDU beschlossen, den ADFC um Vorschläge zu bitten. Was soll das, wenn man diese Vorschläge sowieso ablehnt?

Ich will nicht verkennen, dass dieser Haushalt auch neue Elemente enthält, die wir ausdrücklich begrüßen. Wir haben gefordert, dass in der Frage der Auswirkungen des neuen Generalverkehrsplanes der Stadt Düsseldorf eigene Fakten und Gutachten erarbeitet werden müssen. Dem trägt dieser Haushalt durch die Finanzierung eines eigenen Gutachtens Rechnung.

Die *BmU* hat die Debatte über die Einführung des Dormagener Modells, nach welchem die Kommunen jungen Eltern Begleitung und Hilfe anbietet in den Fachausschuss getragen. Wir sind auf einhellige Zustimmung gestoßen und nun wird eine halbe Stelle für die Umsetzung dieser Maßnahme in den Haushalt eingestellt. Ein entscheidender Stein in einem Konzept des Kinderschutzes und der Hilfe für junge Eltern, die dieser bedürfen.

Die Aufnahme dieser letzten beiden Punkte erkennen wir durchaus dankbar an. Dazu gehört auch, dass z.B. an der Grünstraße ein funktionelles Vereinsheim gebaut werden kann, mit welchem das ehrenamtliche Engagement in der Stadt weiter gefördert wird.

Rückblickend auf 2007 erkennen wir ebenfalls dankbar an, dass die kostenwirksamen Anträge der *BmU*-Fraktion zur Durchführung der sehr gut besuchten Bürgerversammlung über die CO-Pipeline in der Erkrather Stadthalle und die Erstellung einer Broschüre für alle Erkrather Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema einmütig vom Stadtrat angenommen wurden. Zu diesem Thema bedanken wir uns für das bewundernswerte bürgerschaftliche Engagement aus der Mitte unserer Bürgerschaft gegen die Inbetriebnahme der CO-Pipeline. Im Mittelpunkt die IG Erkrath mit Wolfgang Cüppers an der Spitze.

## Ein kurzer Blick auf externe Haushaltsrisiken

Exemplarisch für die Haushaltsrisiken „von außen“, die auf uns zukommen, sind die Turbulenzen um die ARGE und die Finanzierung der Ausgaben nach dem Sozialgesetzbuch II. Unabdingbar sind „verfassungsfeste“ Regelungen zur auskömmlichen Aufgabenfinanzierung im Rahmen einer dauerhaften Finanzverantwortung des Bundes und die uneingeschränkte Einhaltung der Konnexität im Verhältnis Land – Kommunen. Jedwede Risiken für die kommunale Familie oder eine Kommunalisierung der Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit müssen ausgeschlossen werden. Tatsache ist, dass Bund und Land im Sozialbereich und hier besonders beim SGB II und SGB XII saldiert bei Einnahmen und Ausgaben eine Mehrbelastung von ca. 7,7 Mio. Euro im Kreishaushalt 08 verursachen, ohne dass sich vor allen Dingen der Bund beflügelt sieht, die Ausplünderung der Kommunen zu stoppen.

Um mal deutlich zu machen, wie der Bund seine Finanzarchitektur, der von ihm beschlossenen Reformen, auf die Kommunen überträgt, mögen folgende Zahlen und Anmerkungen verdeutlichen:

- Kosten der Unterkunft, hier steigen die Kosten für den Kreis um ca. 3,5 Mio. Euro mehr als im letzten Jahr allein durch einen neuen Berechnungsmodus. Von 80,2 Mio € Gesamtkosten beträgt der Bundeszuschuss nur noch 21,6 Mio. €.
- Reduzierung der Bundeszuschüsse der Grundsicherung nach SGB XII um ca. 1,3 Mio €.
- Für Hilfe zur Pflege muss der Kreis in 2008 13,6 Mio. Euro ohne jeden Zuschuss von Bund oder Land aufbringen.
- Für die Grundsicherung bei zu geringen Rentenansprüchen bei nicht erwerbsfähigen Menschen muss der Kreis ca. 19,3 Mio. Euro aufbringen und erhält vom Bund dafür nur ca. 1,3 Mio. Euro. Die Rentenzahlungen sind seit 1999 um durchschnittlich 10 % gesunken. Die zunehmende Altersarmut wird letztlich auch von der Stadt Erkrath zu bezahlen sein.

Das alles zahlen wir vor allem als Kommune ohne Schlüsselzuweisungen über die Kreisumlage direkt mit. Das Armutsproblem ist auch haushaltstechnisch von unmittelbarer Auswirkung auf unsere Stadt. Es wird in der Kommunalpolitik in jeder Hinsicht unterschätzt.

Der Kreis hat den Zuschlag für Kompetenzagenturen erhalten, die Kompetenzagentur wird auch in Erkrath daran arbeiten, Schulabgängern ohne Abschluss zu vermeiden und sie fit für den Beruf zu machen. Von 1,1 Mio € Personalkosten trägt der Kreis hier umlagefinanziert 170.000 €. Wir dürfen gespannt sein, wann der Gesetzgeber versucht, auch die Kosten dieser begrüßenswerten Maßnahme auf die Kommunen zu übertragen.

Überhaupt ist eines der größten Finanzrisiken für Erkrath das Gebaren von Bund und Land. Aus dem Gemeindefinanzausgleich bekommt die Stadt Erkrath wie der Kreis Mettmann nichts. Staatliche Aufgaben werden nicht gegenfinanziert sondern aus kommunalen Steuern finanziert. Die Städte sind zur Zapfsäule für übertragene Bundes- und Landesaufgaben geworden und die Preisentwicklung scheint die Entwicklung am Ölmarkt noch zu überbieten.

Bei konjunkturellen Einbrüchen dürfte es selbst für eine Stadt wie Erkrath zu bestandsgefährdenden blutigen Bremsspuren kommen.

Immerhin gibt es noch in Bezug auf die LVR-Umlage, die mit 16.5 Prozentpunkten hoch angesetzt sind noch zu einer Umlagereduzierung kommen, welche an die Städte weitergegeben werden. Ein ganz kleiner Hoffnungsschimmer.

### **Ein kurzer Blick auf die Gebührenhaushalte**

Die Umstellung der Abwassergebühren auf das gerechtere Splittingsystem ist vom OVG-Münster erzwungen worden. Es ist nicht der besseren Einsicht der Mehrheitsfraktion geschuldet. Die CDU hat es für richtig gehalten, dass die Kosten der Regenwasserbeseitigung auf versiegelten Privat- und Gewerbeflächen einfach auf alle Gebührenzahler umgelegt werden, obwohl der Anteil versiegelter Flächen sehr ungleich verteilt ist. So haben gerade Bewohner von Geschößwohnungsbauten vor allem Gewerbebetriebe (z.B. Speditionen) mit hohem Anteil versiegelter Flächen subventioniert. Die alleinerziehende Mutter von vier Kindern Gretenberger Str. hat die Spedition XY an der Max-Planck Str. damit praktisch subventioniert. Das war immer schon ungerecht, seit Dezember 07 können wir mit dem OVG Münster auch feststellen, das war Unrecht. Dabei wurden schon 2002 umfangreiche und teure Untersuchungen, die jetzt z.T. wiederholt werden müssen, angestrengt, die – wie von der *BmU* damals schon gewünscht – eine Umstellung auf die Splittinggebühr ermöglicht hätten.

### **Schulpolitik**

Positiv sei die Gründung der Stadtschulpflegschaft im Jahr 2007, die auf unseren Antrag zustande kam, erwähnt.

Ein Skandal ist, dass die Paul Maar Schule, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung, zurzeit in Hilden, keinen neuen Standort gefunden hat, obwohl die Tage am alten Standort gezählt sind. Auch hier sollte man sich in der Erkrather Verwaltung noch mal konstruktiv dieses Problems annehmen.

### **Der öffentliche Personennahverkehr als wichtiger Standortfaktor**

Vor 2 Jahren haben wir erneut Anträge zur Umlagefinanzierung des VRR im Sinne eines Rückerstattungsanspruches der kommunalen Umlagen bei Minderleistung eingebracht, um Druck auf den VRR zur Erhöhung der Pünktlichkeit der Bahnen auszuüben. Diesem Ziel hat sich auch der ÖPNV-Ausschuss im Kreistag gewidmet. Die Bahnen sind heute immer noch unpünktlich, der Service so schlecht wie in den letzten fünf Jahren. Draußen hat sich nichts verändert, nichts verbessert, der Grund sind falsch eingekauftes, veraltetes rollendes Material und eine an der Infrastruktur gemessene zu hohe Verdichtung der Verkehre. Der Ausfall der Regionalisierungsmittel des Bundes und ausfallende Landesmittel haben die Finanzierungsfrage des VRR verschärft. Der VRR hat nun im Rechtsstreit mit der DB auch die miese Qualität der den Kreis bedienenden S-Bahn-Linien erkannt. Es ist zum Haareraufen, dass DB und VRR über ein Konzept zur Milderung der Misere, mit deutlichen Vorteilen für die S 8, verfügen, dieses Konzept aber nicht zum Tragen kommt, weil man sich nicht einigen kann, wer wie viel von den einzusparenden Mitteln abbekommt. In der Zwischenzeit stehen die Fahrgäste frierend an den Haltepunkten. Dass dieser Fall nunmehr vor Gericht ausgetragen werden soll ist ein eklatantes Versagen der Verhandlungsebenen von DB und VRR. Wir fordern eine rasche Einigung abseits der Gerichte im Interesse der Fahrgäste.

Übrigens: auch Kunden können streiken!

## **Dieser erste vorgelegte doppische Haushalt hat nur vorläufigen Aussagewert**

Die Umstellung des kameralistischen Buchungssystems auf die doppische Buchführung ist ein Systemwechsel, welcher von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung einen hohen Einsatz verlangte. Natürlich gibt es noch vieles zu verbessern, insgesamt kann man den sachlichen Vorarbeiten durch die Verwaltung ein großes Lob aussprechen. Es war eine bemerkenswerte Leistung.

Dem Ökonomen bietet sich erstmals im doppischen System die Chance, Aussagen zum Ressourcenverbrauch unserer Stadt Erkrath zu bekommen und diese den Investitionen gegenüberzustellen. Wir melden hier noch Diskussionsbedarf zu den Abschreibungszeiträumen an. Die Abschreibungen scheinen uns tendenziell zu lang gewählt und nicht dem kaufmännischen Vorsichtsprinzip (Imparitätsprinzip) geschuldet. Erst mit Vorlage der Eröffnungsbilanz können wir den Blickwinkel des doppischen Verfahrens ganz ausnutzen. Der Ressourcenverbrauch, so stellt sich die Situation dar, kann zurzeit nicht durch die Einnahmen finanziert werden. Zusätzlich zu dem als Abschreibungen dargestellten Ressourcenverbrauch kommen die Pensionsrückstellungen, deren Steigerungen in den nächsten Dekaden eine besonders schwere Bürde ist. Wir können Kassensturz machen und werden feststellen, dass das Vermögen der Stadt Erkrath, in einer Zeit guter wirtschaftlicher Entwicklung trotzdem schrumpft.

Die Beurteilung dieses Haushaltes ist auch durch die fehlenden Istwerte des Vorläuferhaushaltes im Ergebnisplan erschwert, die Überleitungslisten waren nur teilweise ein Ersatz dafür. Über die Berücksichtigung weiterer steuerungsrelevanter Kennzahlen sollten wir uns nach den ersten Erfahrungen mit NKF, vor dem nächsten Haushaltsplan mal unterhalten.

## **Kann man diesen Haushalt ernst nehmen?**

Natürlich muss man jeden kommunalen Haushalt ernst nehmen, der Blick in die Vergangenheit der Erkrather Haushalte relativiert aber deren Bedeutung gerade unter den Erkrather Mehrheitsverhältnissen.

Zum Haushalt 2007 wurden wesentliche unserer Änderungsanträge wie in diesem Jahr mit der CDU Mehrheit abgelehnt.

Nehmen wir mal als prominenteres Beispiel unser Streichungsanträge aus 2007 die Ablehnung der Parteien unseres Antrages, die Skateranlage aus dem Haushalt 07 auf den Haushalt 2008 zu verschieben. Wir haben dies damit begründet, dass für 2007 kein tragfähiges Konzept vorlag und wir u.a. mit dieser Maßnahme das damalige Defizit im Haushaltsplan von € 800.000 vermeiden wollten. Diese Liste ließe sich verlängern.

Was stellen wir fest? Trotz einmütiger Ablehnung unseres Antrages durch alle Parteien, die unisono erklärten, die Skateranlage<sup>2</sup> käme 2007, kam die Skateranlage in Alt-Erkrath nicht. Was lernen wir daraus? Nicht alles was im Haushaltsplan geschrieben

---

<sup>2</sup> Ein Wahlversprechen von Verwaltungschef und Bürgermeister Werner

steht wird auch realisiert. In den letzten Jahren nimmt die Liste der Maßnahmen, die etatisiert sind aber nicht umgesetzt werden zu. Meist werden für diese Maßnahmen Personalprobleme angeführt, die man aber zu Beginn des Haushaltsjahres auch schon kannte und denen man auch nicht abhilft. Auf diese Weise wurde im Haushalt immer ein großes Volumen gegenfinanziert – das als Ausgleich für Ausgaben verwendet wurde, die gar nicht im Haushalt vorkommen oder für Haushaltsstellen, die zu schmal bemessen waren.

So hat die *BmU* für das Haushaltsjahr 2007 bezweifelt, dass der Ansatz für „Sanitätsverbrauchsmaterial“ (Ifd Nr. 13 Fragen der *BmU*-Fraktion zum HP 07) auskömmlich ist. Nun finden wir in Vorlage 44/08 für 2007 Sanitätsverbrauchsmaterial mit außerplanmäßigen Mehrausgaben wegen „dringend notwendiger Anschaffungen“.

Mit diesem Erkrath-System hat speziell die Erkrather Politik ihren Auftrag, durch die Haushaltshoheit die Verwaltung zu lenken aus der Hand gegeben. Nicht der von den Bürgern gewählte Stadtrat lenkt die Verwaltung, sondern die Verwaltungsspitze lenkt die Politik. Konsequente „Fleischgewordene Materialisierung“ dieser Politikauffassung „von oben“ ist unsere Erkrather CDU-Ratsfraktion.

Ein weiterer Effekt dieser „Reservepolster“ und Dank des Fleißes des Steuerzahlers sind in den letzten Jahren die Ergebnisse der Jahresrechnung immer besser gewesen, als der Haushaltsplan befürchten ließ.

Trotzdem unsere Gewerbesteuererinnahmen auf Rekordniveau liegen, wird für die nächsten Jahren durch einen weiteren Anstieg prognostiziert. Wir sind hier auch angesichts der gesamtwirtschaftlichen Wetterlage etwas vorsichtiger und zweifeln die Höhe dieses Zugewinns heute an.

Man darf also zweifeln, wie ernst eigentlich diese Haushaltsplanung zu nehmen ist und hoffen, dass nicht alles so schlimm kommt, wie es geschrieben steht.

**Ergebnis der Gesamtabwägung dieses Haushaltes durch die *BmU*-Fraktion ist die Ablehnung dieses Entwurfes.**

Bernhard Osterwind  
BmU-Fraktionsvorsitzender